

liberal international li-KURIER

AUSGABE 01|2024
WWW.DGLI.DE

MAGAZIN DER DEUTSCHEN GRUPPE DER
LIBERAL INTERNATIONAL E. V. (DGLI)



Jürgen Martens

*Liebe Freundinnen und
Freunde der liberalen Sache!*

Eine Vorschau auf das Jahr 2024 aus liberaler Sicht ist schwierig und verspricht keine beglückenden Erfolgserlebnisse.

Es stehen international bedeutsame Wahlen bevor, Parlamentswahlen in Indien, Präsidentschaftswahlen in den USA und die Wahlen zum Europäischen Parlament. Die Wahlen in ostdeutschen Bundesländern sind wichtig, aber (noch) nicht so bedeutend, und die russische Präsidentschaftswahl wird wohl keine. Liberale Überzeugungen und Politikansätze begegnen überall gewaltigen Schwierigkeiten. Die Gegner der liberalen Werte waren zwar noch nie zimperlich, aber nun können sie es sich offenbar leisten, dies in brutaler Offenheit als Zukunftsmodell zu propagieren. In schwierigen Zeiten haben die Anbieter einfacherer Lösungen und diktatorischer Versprechungen leider Konjunktur.

Wir könnten nun Trost und Hoffnung aus den kleinen Lichtblicken der letzten Zeit schöpfen, wie dem Ende der PIS-Regierung in Polen oder dem Wahlsieg der Liberalen in Taiwan. Das trägt aber nicht allzu weit.

Also werden wir unsere Komfortzone verlassen müssen und für eine liberale Welt streiten. Am besten deutlich und auch laut. Es gibt 2024 Gelegenheiten genug!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Dr. Jürgen Martens

Präsident der DGLI
Staatsminister a.D. und ehemaliger Bundestagsabgeordneter



WERDEN SIE MITGLIED
dgli.de/mitglied-werden
oder nutzen Sie
den QR-Code.



SCAN ME

Impressum:

LI-Kurier – Magazin der Deutschen Gruppe der LIBERAL INTERNATIONAL e. V. (DGLI), 22. Jahrgang.

Anschrift: Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Gruppe der LIBERAL INTERNATIONAL (DGLI)
Reinhardtstr. 16, 10117 Berlin, E-Mail: info@dgli.de,
Webseite: www.dgli.de

Herausgeber: Dr. Jürgen Martens, Präsident der DGLI

Redaktion: Hellmut Meinhof (V.i.S.d.P.), DGLI-Präsidiumsmitglied
E-Mail: hellmut@meinhof.de

Redaktionsschluss: 17.01.2024

DIE EU MUSS SICH MODERNISIEREN

Von Sandra Weeser

„Europa ist unsere Zukunft, sonst haben wir keine.“ Dieses Zitat des liberalen Bundesaußenministers der Deutschen und Europäischen Einheit, Hans-Dietrich Genscher, ist heute aktueller und gültiger denn je. Wir erleben derzeit eine beispiellose Aneinanderreihung an Krisen, die Europa vor ungekannte Herausforderungen stellt. Unsere freiheitlich-demokratischen Werte und Lebensweisen sehen sich zunehmend größeren Bedrohungen ausgesetzt. Der russische Angriffs-

krieg auf die Ukraine und jüngst der Terroranschlag der Hamas auf Israel stellen einen Angriff auf unser liberales Wertesystem dar. Die mögliche Rückkehr des konservativen Populisten Donald Trump ins Weiße Haus im nächsten Jahr ist angesichts innenpolitischer Spannungen in den USA auch nicht auszuschließen und bringt eine Belastungsprobe für die transatlantischen Beziehungen mit sich. Umso wichtiger ist es, dass die EU jetzt zu neuer Stärke findet.

Die Europäische Union ist ein einzigartiges Friedensprojekt, das fast

einer halbe Milliarde Menschen ein Leben in Freizügigkeit und Rechtsstaatlichkeit ermöglicht. Die Erfolge, die nicht zuletzt auf der Basis der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich basieren, sind beeindruckend: freier Verkehr von Personen und Gütern, eine gemeinsame Währung sowie vielfältige Austausch- und Bildungsprogramme. Doch all diese Errungenschaften sind keine Selbstverständlichkeit. Europa muss interne und externe Herausforderungen aktiv adressieren, um die anstehenden ökonomisch-ökologischen und di-

gitalen Transformationsprozesse sinnvoll umzusetzen. Damit wir diese Entwicklung meistern und Europa ein eigenständiges Machtzentrum bleibt, sollten wir weniger darüber diskutieren, was die EU nicht kann, sondern uns vielmehr darauf verständigen, was sie kann und nun leisten muss.

Eine Modernisierung der EU ist dringend erforderlich. In einigen Bereichen stammen über die Hälfte aller nationalen Vorgaben aus Brüssel. Nicht selten entstehen dabei lebensfremde Regelungen. Die von der Europäischen Kommissi- ➔

on angestoßene Verschärfung der EU-Gebäuderichtlinie (EPBD) oder deren Pläne, mit der Ökodesign-Richtlinie ein Heizungsverbot durchzusetzen, entbehren wirtschaftlicher und ordnungspolitischer Vernunft und würden kostenintensive Zwangssanierungen für Bürgerinnen und Bürgern mit sich bringen. Ja, Leitlinien für die Transformation sind notwendig – jedoch sollten wir uns vor einer Überregulierung durch die Kommission von Ursula von der Leyen hüten. Umso wichtiger ist daher die jüngst gestartete gemeinsame Initiative von Deutschland und Frankreich zur Bürokratieentlastung auf europäischer Ebene, um die Gesetzgebung zu entschlacken und pragmatischere Lösungsansätze zu ermöglichen. Europa muss seine Wirtschaft für die Zukunft ausrüsten. Im Wettbewerb zwischen China und den USA,

die ihre Volkswirtschaften mit massiven Staatseingriffen antreiben, müssen wir uns stärker behaupten. Der Subventionswettlauf und die protektionistischen Tendenzen der Europäischen Kommission schaden dem Wirtschafts- und Innovationsstandort Europa erheblich. Stattdessen sollten wir den Handel mit unseren Partnern stärker vorantreiben, Investitionen in disruptive Technologien fördern und hier vor allem Anreize für private Finanzierungen setzen. Die von Christian Lindner eingeforderte Kapitalmarktunion auf europäischer Ebene ist dafür der richtige Weg. Bei der Energiepolitik ist der Emissionshandel das geeignete Instrument. Zu enge technologische Vorgaben und Einschränkungen darf es nicht geben. Wir müssen die europäische Energiesouveränität technologieoffen und vernunftgeleitet

ausbauen. Bezahlbare und ausreichend vorhandene Energie ist ein Muss für den Wirtschaftsstandort Europa.

Europa muss dazu befähigt werden, autonom handeln zu können. Als Deutsch-Französin und Koordinatorin der AG „Außen- und Sicherheitspolitik“ der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung begrüße ich gemeinsame Rüstungsprojekte wie MGCS oder FCAS. Solche Anreize für gemeinsame Verteidigungsinvestitionen schaffen die Bedingungen für eigenständiges Handeln. Die enge Partnerschaft zu den USA sowie die Rolle der NATO bleiben unverändert. Vielmehr sollten wir die europäische Säule innerhalb dieses Bündnisses stärken. Initiativen wie der Europäische Verteidigungsfonds oder der Strategische Kompass weisen hier den Weg.

Wir dürfen Europa weder den linken noch den rechten Populisten und auch nicht den Bürokraten überlassen. Europa braucht einen liberalen Motor. Ich möchte aktiv daran mitarbeiten und freue mich als Spitzenkandidatin der FDP-Rheinland-Pfalz zur Europawahl mit vielen von unseren starken Lösungen für Europa überzeugen zu können.



Foto: Sandra Weeser

Sandra Weeser MdB, Mitglied im Vorstand der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes und Vorsitzende des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

DIE MACHT DES FREIHANDELS: WEGBEREITER FÜR DEUTSCHLANDS ENERGIEZUKUNFT

Von Lukas Köhler

Im April letzten Jahres habe ich an dieser Stelle dargelegt, warum ein Netz aus Freihandelsabkommen die richtige Antwort auf die handelspolitischen Herausforderungen dieses Jahrzehnts ist. In dieser Ausgabe möchte ich auf einen besonders wichtigen Aspekt dieser neuen Ära des Freihandels eingehen: Rohstoff- und Energieimporte. Aktuellem Anlass dafür gibt eine Studie der Friedrich-Naumann-Stiftung („Nachhaltige Energieimporte 2045“), die verschiedene Zukunftsszenarien und den Energiebedarf einer klimaneutralen Wirtschaft beleuchtet. Deutschlands Energiepolitik steht an einem entscheidenden Punkt: Der Übergang zur klimaneutralen Wirtschaft erfordert nicht nur eine Senkung der CO₂-Emissionen, sondern auch ein Umdenken in der Art und Weise, wie wir Energie erzeugen, verbrauchen und, nicht zuletzt, importieren. Als führende Industrienation ist der Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit essenziell. Wir müssen daher sicherstellen, dass die Energiewende nicht zu Lasten unserer wirtschaftlichen Stärke geht. Die genannte Studie macht deutlich, dass wir uns nicht auf die reine Elektrifizierung verlassen

können. Um unseren Energiebedarf effizient und klimaneutral zu decken, müssen wir auf verschiedene Energieträger setzen. Deutschlands Energiezukunft ist wie ein komplexes Puzzle, bei dem jedes Teilchen – von Wasserstoff bis zu E-Fuels – eine eigene Rolle erfüllt und entscheidend ist, um das Gesamtbild zu vervollständigen.

Ein wesentlicher Aspekt unserer Energiestrategie muss die Diversifizierung der Energiequellen sein. Die Studie der Friedrich-Naumann-Stiftung zeigt, dass der Import regenerativer Energieträger unerlässlich ist, um den Energiebedarf einer wachsenden und industriell geprägten deutschen Wirtschaft zu decken. Die begrenzten Kapazitäten für erneuerbare Energien in Deutschland machen Importe unumgänglich. Besonders hervorzuheben sind hier Wasserstoff und regenerative Kraftstoffe. Wasserstoff bietet enorme Potenziale, besonders in Bereichen, in denen die Elektrifizierung an ihre Grenzen stößt – etwa in der Schwerindustrie und im Schwerlastverkehr. Gleichzeitig eröffnen sich auch neue Perspektiven mit der Entwicklung von E-Fuels. Diese Kraftstoffe können in bestehenden Infrastrukturen verwendet werden und sind

somit ein Schlüsselement für eine schnelle und kosteneffiziente Energiewende.

Damit die Wende gelingt, ist es also unerlässlich, unsere Handelsbeziehungen weiterzuentwickeln. Die FDP kämpft daher unermüdlich für neue, umfangreiche Freihandelsabkommen, die den richtigen Rahmen für neue Partnerschaften im Energie- und Rohstoffsektor setzen. Potenzielle Partnerländer für den Import regenerativer Energieträger sind etwa Länder in Afrika und dem Nahen Osten, die über enorme Solarkapazitäten verfügen. Auch Länder mit großen Windkapazitäten, etwa in Skandinavien, werden wichtige Partner sein. Bei der Auswahl der Partnerländer müssen jedoch neben den Energiepotenzialen auch politische und wirtschaftliche Stabilität berücksichtigt werden. Ungleiche Partnerschaften ohne gemeinsame Wertebasis könnten in einseitigen Abhängigkeiten münden, die es unbedingt zu vermeiden gilt. Doch auch mit engen Wertepartnern wie den USA oder Kanada ist das Potenzial im Energiebereich immens. Das CETA-Freihandelsabkommen mit Kanada, das in dieser Legislaturperiode endlich zum Abschluss gebracht werden konnte, hat dafür

bereits die richtigen Weichen gestellt.

Die Energiewende ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Wir Liberale müssen diese Herausforderung annehmen und Deutschlands Energiezukunft klimaneutral, sicher und vor allem wirtschaftlich sinnvoll gestalten. Wir sollten die Energiewende als Chance begreifen, um Innovationen voranzutreiben und neue Technologien zu entwickeln, die weltweit einen Beitrag zum Klimaschutz und wachsendem Wohlstand leisten können. Die richtige Mischung aus technologischer Offenheit, globalen Handelspartnerschaften und marktwirtschaftlichen Anreizen ist dafür der Schlüssel. In diesem Sinne ist die Studie „Nachhaltige Energieimporte 2045“ ein Wegweiser für die Gestaltung einer markt-basierten Energiezukunft.



Foto: James Zabel

Dr. Lukas Köhler, MdB, stv. FDP-Fraktionsvorsitzender, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes

64. LI-KONGRESS 2024 IN SANTIAGO DE CHILE

Von Manfred R. Eisenbach

Auf Beschluss des virtuellen 207. LI-Exekutivkomitees (ExCom) am 12. Dezember 2023 wird der nächste LI-Kongress auf Einladung der beiden Mitgliedsparteien Evópoli und Partido Liberal de Chile (PLC) in der chilenischen Hauptstadt Santiago de Chile vom 29.11. bis 1.12.2024 zusammenkommen. Damit tagt der LI-Kongress zum ersten Mal seit Bestehen der Liberalen Weltunion in Südamerika und wird – so der Plan – ein liberales Manifest verabschieden, das die Lage und Herausforderungen des politischen Liberalismus in Lateinamerika adressiert.

Als weiteres Highlight wird in Santiago de Chile vermutlich der Wechsel an der Spitze der Liberal International vollzogen, denn LI-Präsidentin Hakima El-Haité hat durchblicken lassen, dass sie für eine – satzungsmäßig mögliche – dritte Amtszeit nicht mehr kandidieren möchte, da seit ihrer Wahl auf dem Kongress

2018 in Dakar pandemiebedingt bis 2022 in Sofia kein LI-Kongress mehr stattfinden konnte und sie dadurch eine erste Amtszeit von vier Jahren hatte. Da sie durch diesen Umstand im nächsten Jahr eigentlich die Amtszeitbegrenzung nach Jahren erreichen werde, wolle sie ihrem designierten Nachfolger, LI Deputy President Professor Karl-Heinz Paqué, nach einer ebenso spannenden wie herausfordernden Präsidentschaft von sechs Jahren den Staffstab übergeben. Mit dem Vorsitzenden des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und DGLI-Mitglied seit vielen Jahren würde damit zum ersten Mal seit dem unvergessenen Otto Graf Lambsdorff ein deutscher Freier Demokrat wieder an der Spitze der Liberalen Weltunion stehen.

Bei dem vorgenannten Termin handelt es sich um die Kernarbeitstage, und das LI-Präsidium behält sich vor, bis zur Prüfung des Programmwerfs möglicherweise einen Tag

früher für eine Präsidiumssitzung sowie andere politische Sitzungen am Rande des Kongresses, den sog. „Fringe Meetings“, zu beginnen. Deshalb ist empfehlenswert, mit Buchungen von Flügen zumindest so lange zu warten, bis Anfang 2024 ein Rahmenprogramm vorliegt.

Wie bereits erwähnt, kam kurz vor Jahresschluss das 207. ExCom zu einer Online-Sitzung via Zoom zusammen, um über verschiedene Finanzvorlagen die Berichte entgegenzunehmen und Sachentscheidungen zu treffen. Damit konnte die Hängepartie vom 206. ExCom Anfang Mai in Ottawa beendet und der Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2022 vorgelegt werden, der nach auch durchaus kritischen Anmerkungen des LI-Schatzmisters Manfred R. Eisenbach nahezu einmütig gebilligt wurde.

Das ExCom verabschiedete außerdem den Haushalt für 2024, der bei leicht erhöhten Einnahmen von 340 T€ und ebenso moderater Aus-

gabensteigerung auf 335 T€ mit einem kleinen Überschuss von knapp 5.000 € abschließen soll. Corona liegt hinter uns, und wir sind „back to normal“.

Allseits wurde begrüßt, dass die LI weiter vermehrt Kooperationspartnerschaften mit „likeminded“ Organisationen eingehen und einen Zacken zulegen möchte bei dem bisher brachliegenden Fundraising-Geschäft, für die ein LI Financial Code of Conduct geschaffen werden soll.



Manfred R. Eisenbach, DGLI-Generalsekretär und Vorstandsmitglied des FDP-Bundesfachausschusses „Internationale Politik“ sowie ständiger Gast im FDP-Bundesvorstand

Foto: privat

DEUTSCHLAND MUSS SICH BESSER FÜR GEISELDIPLOMATIE WAPPEN

Von Renata Alt

Mit großer Erleichterung haben wir alle auf die Freilassung von elf deutsch-israelischen Staatsbürgern aus der Gewalt der Hamas reagiert. Angehörige der Entführten hatten sich zuvor hilflos suchend an den Bundeskanzler und die Außenministerin gewandt, die mehrmals in den Nahen Osten gereist waren. Das Auswärtige Amt hatte einen Sonderstab für die Geiselbefreiung eingerichtet und den Krisenbeauftragten Jens Jokisch zum Führen von Gesprächen in die Region entsandt.

Unklar ist, welchen Anteil deutsche Politiker und Diplomaten letztlich an der Freilassung der Geiseln hatten. Maßgeblich war offenbar die Vermittlung von Katar, den USA und Ägypten zwischen den Konfliktparteien. Klar ist aber, dass Geiselnahmen von deutschen Staatsbürgern eine zunehmende Herausforderung sind. Nicht nur terroristische Organisationen, sondern auch autokratische Staaten nutzen Geiselnahmen

gezielt, um ein Druckmittel in der Hand zu haben. Vor allem der Iran nimmt immer wieder Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft, Mitarbeiter von NGOs und Diplomaten fest, um Geld oder die Freilassung iranischer Inhaftierter zu erpressen. Bekanntestes Opfer ist wohl der deutsch-iranische Regimekritiker Jamshid Sharmahd. Er wurde im Juli 2020 während einer Geschäftsreise aus Dubai in den Iran entführt und wegen „Korruption auf Erden“ zum Tod verurteilt. Die deutsch-iranische Frauenrechtlerin Nahid Taghavi wurde im Oktober 2020 in Teheran festgenommen und zu zehn Jahren Haft verurteilt. Beide Urteile sind politisch motiviert und ohne rechtsstaatliche Verfahren zustande gekommen. Seit 2010 wurden mindestens 66 ausländische Staatsangehörige im Iran verhaftet.

Die USA haben auf diese besorgniserregende Entwicklung 2015 mit der Einführung des Amtes des „US Presidential Envoy for Hostage Affairs“ reagiert und 2020 mit dem

„Robert-Levinson-Gesetz zur Rettung von Geiseln und zur Rechenschaftspflicht bei Geiselnahmen“ nachgezogen. Auch Deutschland muss sich besser auf die Herausforderungen von Geiselnahmen und Geiseldiplomatie einstellen. Dazu benötigen wir einen Sonderbeauftragten für politische Geiselangelegenheiten, der die Freiheit von deutschen Geiseln erwirkt und ihre Familien unterstützt. Wir brauchen zudem Leitlinien zur Rückholung und Unterstützung von politischen Gefangenen und ein besser abgestimmtes gemeinsames Vorgehen auf EU-Ebene.

Dass eine engere Abstimmung mit unseren europäischen Partnern dringend notwendig ist, hat die Freilassung mehrerer EU-Bürger aus dem Iran im Sommer 2023 deutlich gemacht. Im Austausch für einen in Belgien inhaftierten iranischen Terroristen entließ Teheran einen belgischen Entwicklungshelfer aus dem Gefängnis. Teil des Austauschs war offenbar auch die Freilassung von zwei

Franzosen, zwei Österreichern und einem Dänen. Deutsche Gefangene profitierten nicht von dem Deal, der u. a. von der iranischen Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi scharf kritisiert wurde.

Vorwürfe gab es auch gegen die USA wegen der Freigabe von eingefrorenen iranischen Geldern im Gegenzug für die Freilassung von fünf Amerikanern aus iranischer Haft. Von 6 Milliarden Dollar ist die Rede. Es ist zu befürchten, dass diese Deals den Iran zu noch mehr Geiselnahmen ermutigen werden. Weitere Fälle von unschuldig inhaftierten Amerikanern, Kanadiern bzw. EU-Bürgern gab es in den letzten Jahren in Russland, der Türkei, China und Nordkorea.

Langfristig sollte die Position eines EU-Beauftragten für Geiselangelegenheiten im Europäischen Auswärtigen Dienst geschaffen werden, der die Verhandlungsposition der EU stärken könnte. Das Ziel muss sein, geschlossen als europäische Allianz auf die Bedrohung der autokratischen Staaten zu ➔

reagieren und westliche Staatsangehörige zu schützen. Während wir uns über die Heimkehr der Geiseln aus dem Gazastreifen freuen, sollten wir nicht vergessen: Noch immer befinden sich über 100 Menschen in den Händen der Ha-

mas und noch immer sitzen rund 30 EU-Bürger im Iran im Gefängnis. Wir dürfen sie nicht vergessen und müssen alles dafür tun, dass auch sie freikommen.



Foto: renata-alt.de

Renata Alt, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes

LI-DAY 2023 IN BERLIN

Von Hellmut Meinhof

Der LI-Day im vergangenen Jahr stand unter dem Motto „Sind die Vereinten Nationen am Ende oder noch reformierbar? - Reflexionen nach 50 Jahren deutscher UN-Mitgliedschaft“. Es war ein vielfältiges und anregendes Programm mit Zeitzeugen, prominenten politischen Akteuren und aufmerksamen Beobachtern, das den über 100 Teilnehmenden im Hans-Dietrich-Genscher-Haus in Berlin geboten wurde.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, unterstrich in seinem Plädoyer für ein starkes Engagement Deutschlands in der UN, dass zukünftig eine der größten Herausforderungen der Aufstieg des globalen Südens sei. Ebenso gelte es, die richtige Balance zwischen Wertegebundenheit und Interessenspolitik in diesem maximal multilateralen Format mit seinen 193 Mitgliedsstaaten zu wahren. In seinem Impulsreferat brachte Thomas Matussek, Botschafter a. D., als Vergleich, was einst Mark Twain über die Musik von Richard

Wagner sagte: „It's much better than it sounds.“

Dieser Tenor, dass die Vereinten Nationen in ihrer Bedeutung und Wirksamkeit in der öffentlichen Wahrnehmung unterschätzt würden, zog sich durch die Vorträge und Diskussionen anlässlich des 50. Jahrestages des Beitritts beider damaliger deutscher Staaten zur UN. In den fast 80 Jahren des Bestehens der UN seien trotz allem beachtliche Reformen im Miteinander der weltumspannenden Staatengemeinschaft auf den Weg



Skulptur „Non Violence“, UNO in New York

gebracht worden. Als Beispiele seien genannt: die Verhinderung und Bekämpfung von Kriegen, Friedensmissionen und -sicherung, Strafverfolgungen der internationalen Justiz oder die Vereinbarung einer verbindlichen Agenda für die globa-

len Themen in Form der SDG, der 17 Nachhaltigkeitsziele.

Offenkundig würden drängende Reformen ausstehen, insbesondere die Neuordnung des UN-Sicherheitsrates. Aber als Fazit bleibe, dass letztlich nur die UN über ein umfassendes, völkerrechtliches Mandat verfüge, um in der multilateralen Zusammenarbeit die zentralen Probleme dieser Welt zu lösen. Im Spannungsfeld von vorzeigbaren Erfolgen einerseits und rasant wachsender, übermächtiger Probleme andererseits sei gerade die UN das Spiegelbild einer Welt, die noch keine Ordnung gefunden habe und deshalb umso mehr einer regelbasierten Zusammenarbeit bedürfe.

Dr. Ekkehard Griep, Vorstand der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, erinnerte daran, dass die UN nicht als Weltregierung, sondern als eine ständige Konferenz zu sehen sei. Im Angesicht der heutigen weltpolitischen Lage wäre es nicht mehr möglich, eine solche Organisation zu gründen. Deshalb gelte es, die gegebenen Chancen zu nutzen. Der komparative Vorteil der UN gegenüber allen anderen

multilateralen Institutionen läge in ihrer „convening power“, also ihrer Macht, alle Staaten dieser Erde hinter einer Sache zu versammeln. Gleichzeitig brauche es Geduld und Nachhaltigkeit, um in diesem breiten multilateralen Kontext echte Reformen zu bewirken. Denn: „Wie verhindert man eine kleine Reform? – Indem man eine große Reform vorschlägt!“

In der Abschlussdiskussion führte Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué aus, dass man im UN-System keine „Veto-Freiheit“ erwarten müsse. Der Beitritt Deutschlands zu den Vereinten Nationen erfolgte relativ spät, weil erst der zwischen den beiden deutschen Staaten vereinbarte Grundlagenvertrag die Voraussetzung geschaffen hätte, dass keiner von ihnen ein Veto erhalten habe.



Hellmut Meinhof, Mitglied des Präsidiums der DGLI

DGLI-PRÄSIDIUM BESTÄTIGT

Von Manfred R. Eisenbach

Im Anschluss an den LI-Day fand die DGLI-Jahresmitgliederversammlung mit turnusmäßiger Neuwahl der Vereinsorgane, Genehmigung der

Finanzvorlagen und Entlastung des Vorstands statt. Nach Erläuterung und Billigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022 und einmütiger Entlastung des Präsidiums, stellte sich bis auf Cécile Prinzbach das

gesamte Präsidium zur Wiederwahl. In zuvor beschlossener offener Abstimmung wurden alle Präsidenten in ihren Ämtern bestätigt. Zudem wurde ebenfalls einmütig Katharina Schreiner, als Beisitzerin gewählt.

Einstimmig wurden die beiden Rechnungsprüfer wiedergewählt und der Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 genehmigt.

DGLI-SEKTIONEN

info@dgli.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Daniel Obst, E-Mail: office@judgedan.de

BAYERN

Cécile Prinzbach, cecile.prinzbach@t-online.de

BERLIN

Prof. Dr. Michael Bahles

E-Mail: michaelbahles@hotmail.com

BRANDENBURG

Patrick Meinhardt

E-Mail: patrick.meinhardt@dgli.de

HAMBURG / SCHLESWIG-HOLSTEIN

HESSEN

Dr. Christoph Rohloff

E-Mail: christoph.rohloff@gmail.com

MECKLENBURG-VORPOMMERN NIEDERSACHSEN / BREMEN

NORDRHEIN-WESTFALEN RHEINLAND-PFALZ

MITTELDEUTSCHLAND

(SACHSEN, SACHSEN-ANHALT UND THÜRINGEN)

Christoph Wieduwilt

E-Mail: christoph@wieduwilt.de

AUSLANDSSEKTION EUROPA

E-Mail: info@dgli.de